

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, 16.09.2020, 17:30 Uhr,  
im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstr. 7, 15848 Beeskow  
Um die Einhaltung der Hygienevorschriften und Abstandsregeln wurde gebeten.

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr                      Sitzungsende: 18:56 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

**I. Öffentlicher Teil:**

1. Information zum aktuellen Stand der Afrikanischen Schweinepest
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.06. und 12.08.2020 - öffentlicher Teil
5. Beratung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung  
- Abfallentsorgungssatzung –, Beschlussvorlage: 036/2020

**N i e d e r s c h r i f t**

zur Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, 16.09.2020, 17:30 Uhr,  
im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstr. 7, 15848 Beeskow  
Um die Einhaltung der Hygienevorschriften und Abstandsregeln wurde gebeten.

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr                      Sitzungsende: 18:56 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

**I. Öffentlicher Teil:**

1. Information zum aktuellen Stand der Afrikanischen Schweinepest
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
3. Bestätigung der Tagesordnung

4. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.06. und 12.08.2020 - öffentlicher Teil
5. Beratung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung –, Beschlussvorlage: 036/2020
6. Beratung: Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung für das Wirtschaftsjahr 2019, Beschlussvorlage: 037/2020
7. Beratung: Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung für das Wirtschaftsjahr 2019, Beschlussvorlage: 038/2020
8. Beratung: Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2017, Beschlussvorlage: 039/2020
9. Beratung: Beschlussfassung über die Entlastung der Landräte des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2017, Beschlussvorlage: 040/2020
10. Beratung: Festsetzung des Wasserschutzgebietes Wellmitz  
Beschlussvorlage: 012/2020
11. Beratung: 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Plätzen in der Kindertagespflege im Landkreis Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 041/2020

12. Beratung: Ausgestaltung der Finanzierung der Träger der freien Jugendhilfe während der Corona-Pandemie, Beschlussvorlage: 045/2020
13. Beratung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung stationärer Schutzmaßnahmen, Beschlussvorlage: 054/2020
14. Beratung: Annahme der Leitlinien durch den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und Empfehlung zur Beschlussfassung im Kreistag, Beschlussvorlage: 046/2020
15. Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6714, Abschnitt 010, OD Reudnitz, Beschlussvorlage: 047/2020
16. Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6715, Abschnitt 030, OD Beeskow, Beschlussvorlage: 048/2020
17. Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Modernisierung des Fernradweges „Oder-Spree-Tour“ auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 051/2020
18. Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Modernisierung des Fernradweges „Tour Brandenburg“ auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 052/2020
19. Beratung: Nachhaltiges Bauen - Anwendung Leitfaden Nachhaltiges Bauen und Zertifizierung nach dem BNB-System im Landkreis Oder-Spree und Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für den LOS, Beschlussvorlage: 050/2020
20. Beratung: Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 042/2020
- 20.1. Beratung: Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree "Rederecht der Abgeordneten zum Rechenschaftsbericht des Landrates",  
Antrag: 10/AfD/2020
- 20.2. Beratung: Ergänzung der Geschäftsordnung des Kreistags  
Antrag: 12/BVB/Fr Wähler/20
21. Beratung: Benennung der Mitglieder für den Seniorenbeirat des Landkreises Oder-Spree, Beschlussvorlage: 049/2020
22. Beratung: Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für das Jahr 2021, Beschlussvorlage 035/2020

## **II. Nichtöffentlicher Teil:**

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.06.2020 - nichtöffentlicher Teil
2. Beratung: Beschluss über die Veräußerung des Grundstücks Robert-Koch-Straße 8,

3. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
- 3.1. Bestätigung der Niederschrift des Vergabeausschusses vom 15.06 sowie 12.08.2020
- 3.2. Beratung und Beschlussfassung: Vergabe von Bauleistungen für den dritten Teilabschnitt des ersten Bauabschnitts auf dem Spreeradweg
- 3.3. Beratung und Beschlussfassung: Beauftragung Lieferung von elektrischer Energie aus erneuerbaren Energien für den Zeitraum 2021 bis 2023
- 3.4. Beratung und Beschlussfassung: Beauftragung Lieferung von Erdgas für den Zeitraum 2021 bis 2023

## **I. Öffentlicher Teil:**

### **Zu TOP 1 Information zum aktuellen Stand der Afrikanischen Schweinepest**

Der Landrat und Vorsitzende des Kreisausschusses, Herr Lindemann, eröffnet die 9. Sitzung des Kreisausschusses und gibt Informationen zum aktuellen Stand der Afrikanischen Schweinepest.

Die Situation entwickle sich dramatisch, in den vergangenen Tagen seien 10 Funde aufgetaucht, 7 seien inzwischen positiv getestet worden. Es müsse dringend daran gearbeitet werden, dass sich die Krankheit nicht weiter ausbreite. In der Kernzone bestehe Jagd- und Betretungsverbot des offenen Geländes und der Waldflächen. Das führe zu vielen Fragen von Seiten der Landwirtschaft, der Jäger und der Bürger, weswegen Herr Lindemann und Frau Teltewskaja in den kommenden Tagen vor Ort Informationen geben werden.

Der Krisenstab habe seine Arbeit aufgenommen und die einzubeziehenden Fachämter – und – leuten müssten versuchen, alles Notwendige zu organisieren. Bisher geordnete Unterstützung sei nicht mehr ausreichend, es müssten weitere „Suchtrupps“ jeweils mit Unterstützung eines ortskundigen Jägers zusammengestellt werden.

Bei dem eigentlichen Fundort gestalte sich die Untersuchung und Lagebilderstellung schwierig, weil es ein sehr unzugängliches Gelände mit Wasserlauf und sumpfigen Flächen sei. Hier wurde daher das THW mit einbezogen.

Die Jagdverbände und der Bauernverband seien informiert worden; am vergangenen Tag habe es eine Zusammenkunft unter Leitung des Ministerpräsidenten und im Beisein der zuständigen Minister, Frau Nonnemacher und Herr Vogel, gegeben. Fragen aus der Landwirtschaft seien geklärt worden. Das Ministerium sei bemüht, die Landwirtschaft in dieser kritischen Situation und nach zwei Dürre Jahren zu unterstützen.

Er werde die Abgeordneten auf dem Laufenden halten.

### ***zur Kenntnis genommen***

### **Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

### ***zugestimmt***

### **Zu TOP 3 Bestätigung der Tagesordnung**

Folgende Änderungen sind vorgenommen worden:

Der TOP 4 – Einrichtung eines ständigen Gesundheitsbeirates – wurde gestrichen, da der Antrag zurückgezogen wurde.

Um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

### **Zu TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.06. und 12.08.2020 - öffentlicher Teil**

Herr Dr. Stiller bittet um Berichtigung der Niederschrift des Kreisausschusses vom 15.06.2020, Seite 6, letzter Absatz. (Anlage zu TOP 4).

Um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

### **Zu TOP 5 Beratung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung - Vorlage: 036/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 1*

### **Zu TOP 6 Beratung: Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung für das Wirtschaftsjahr 2019, Vorlage: 037/2020**

Herr Dr. Zeschmann bittet um Klärung, da es widersprüchliche Angaben gebe, und zwar in der Anlage 4, Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019, Seite 2, die Ausführungen zum Jahresgewinn, und Seite 5 zur Gewinn- und Verlustrechnung. Weitere Fragen würden sich auf Seite 7 zu den Steuerrückstellungen ergeben.

Herr Lindemann weist darauf hin, dass die gewünschten differenzierten Ausführungen an dieser Stelle nicht erfolgen, aber auf schriftlichem Weg nachgereicht werden könnten.

Herr Buhrke ergänzt, dass im Werkausschuss ausführlich darüber gesprochen worden sei; die Kontrolle durch die Wirtschaftsprüfer sei erfolgt und eine dramatische Lage nicht gegenständlich.

Weitere Anmerkungen erfolgen nicht; um Abstimmung wird gebeten.

***Mehrheitlich zugestimmt***

Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 7      Beratung: Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung für das Wirtschaftsjahr 2019  
Vorlage: 038/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***Mehrheitlich zugestimmt***

Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 8      Beratung: Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2017  
Vorlage: 039/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

Nein 0 Enthaltung 2

**Zu TOP 9      Beratung: Beschlussfassung über die Entlastung der Landräte des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2017  
Vorlage: 040/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

Nein 0 Enthaltung 2

**Zu TOP 10     Beratung: Festsetzung des Wasserschutzgebietes Wellnitz  
Vorlage: 012/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 11     Beratung: 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Plätzen in der Kindertagespflege im Landkreis Oder-Spree, Vorlage: 041/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 12     Beratung: Ausgestaltung der Finanzierung der Träger der freien Jugendhilfe während der Corona-Pandemie, Vorlage: 045/2020**

Herr Dr. Stiller bezieht sich auf die Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss am 14.09.2020. Es bestünden Fragen und Unsicherheiten und man sei übereingekommen, nähere Informationen zu Förderprogrammen zu erhalten, warum z. B. die Kosten in diesem Rahmen nicht gedeckt werden könnten. Er weist darauf hin, dass auch andere Quellen genutzt werden sollten, so z. B. Kurzarbeitergeld, bevor Fördermittel in Anspruch genommen werden. So habe der Bund vor kurzem ein Förderprogramm für Jugendhilfeeinrichtungen in Höhe von 1 Mio. Euro aufgelegt.

Herr Dr. Zeschmann schließt sich an und bringt zum Ausdruck, dass man hier nicht zustimmen könne und zitiert aus der BV:

**„Finanzielle Auswirkungen:**

Die finanziellen Auswirkungen konnten zum aktuellen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden, da zum diesem Zeitpunkt nicht absehbar ist, wie viele Träger einen Unterstützungsantrag stellen werden und wie sich die Auslastung der Hilfebringer tatsächlich verändert hat.“

Er gehe davon aus, dass sich die Corona-Pandemie auch auf andere Bereiche erstreckte und den Haushalt belasten werde. Frau Zarlring hätte zugesagt, bei den Trägern nachzufragen, wer Hilfe benötigt, um so eine grobe Orientierung zu erlangen.

Frau Zarlring führt aus, dass das Finanzvolumen bisher nicht abgeschätzt werden könne und eine lange Vorlaufzeit wegen der Nachfrage bei den Trägern bedeute. Weiterhin müssten – wie Herr Dr. Stiller angedeutet hat – weitere Einnahmen, wie z. B. Kurzarbeitergeld, erfasst und angerechnet werden.

Hingegen sei nach Auftrag geprüft worden, inwieweit der Rettungsschirm für anerkannte Träger der freien Jugendhilfe errichtet werden könne. Die vorliegende Beschlussvorlage betreffe nur die ambulanten Dienstleistungen – die stationären Einrichtungen wurden gestrichen -, da das Prüfergebnis des Jugendamtes ergeben habe, dass hier umfassend und ausreichend finanziert worden sei.

Herr Fachtan merkt an, dass auf der Grundlage des vorliegenden Beschlusses keine finanziellen Mittel fließen könnten. Man bräuchte eine Vorstufe, die klären sollte, welche finanzielle Mittel benötigt werden und ein Signal für die freien Träger, dass ggf. Unterstützung zu erwarten sei und Bemühungen unternommen werden, eventuelle Verluste auszugleichen. Er gehe davon aus, dass das Förderprogramm und das Kostenvolumen gesondert vorgestellt und erst dann beschlossen wird, wenn es spruchreif sei.

Herr Losensky verweist auf das Ergebnis der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses. Herr Schroeder und ein Mitarbeiter des Jugendamtes sollten sich darüber verständigen, wie dieser strittige Punkt geklärt werden könnte. Man sei davon ausgegangen, dass eine Klärung erfolge, wie der Finanzbedarf aussehe.

Herr Lindemann bittet zu berücksichtigen, dass man sich in der Phase der Klärung befinde, wo eine chronische Unterfinanzierung bestehe. Insoweit wäre ein bezifferter Beschlussvorschlag utopisch. Er bittet um Geduld und das Ergebnis des Gespräches zwischen Herrn Schroeder und Mitarbeitern des Jugendamtes abzuwarten.

Herr Schroeder informiert, welches Ziel die Gespräche verfolgen und bittet, vorerst den Prüfauftrag zu beschließen und das Ergebnis abzuwarten.

Herr Dr. Zeschmann bittet um Erläuterung, ob der Beschluss als Prüfauftrag mit extra Auswertung des Ergebnisses zu sehen sei.

Herr Lindemann nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Schroeder, der den Klärungsbedarf bzw. Prüfauftrag erläutert hat.

Frau Zaring ergänzt, dass zunächst die ambulanten Dienstleister angeschrieben werden müssten, um den Mittelbedarf festzustellen. Im Anschluss könne die Beschlussvorlage beziffert werden. Es müsse bedacht werden, dass die Mittel nicht das Haushaltsjahr 2021 treffen, sondern so viel wie möglich im Jahr 2020 gezahlt sollte. Insoweit stehe nicht viel Zeit zur Verfügung und könne sie sich vorstellen, dass der Beschluss im Dezemberkreistag gefasst werden könne.

Herr Lindemann bittet um Abstimmung über den Prüfauftrag.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 13      Beratung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung stationärer Schutzmaßnahmen, Vorlage: 054/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 2*

**Zu TOP 14      Beratung: Annahme der Leitlinien durch den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und Empfehlung zur Beschlussfassung im Kreistag  
Vorlage: 046/2020**

Herr Dr. Stiller bittet um Änderung der Formulierung „Leitlinien“ bis zum Kreistag am 07.10.2020, da nach außen nicht erkennbar sei, welche Leitlinien hier beschlossen werden sollen.

Herr Lindemann stimmt zu und informiert die Anwesenden, dass hier die Kulturleitlinien beschlossen werden sollen.

Um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 15      Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6714, Abschnitt 010, OD Reudnitz, Vorlage: 047/2020**

Frau Grabs äußert, dass sie bereits im Bauausschuss angemerkt habe, dass auch bei einem Grundsatzbeschluss die Möglichkeit bestehe, Informationen über den Umfang des Eingriffes in die Natur zu bekommen. Sie gehe davon aus, dass das beteiligte Umweltamt in der Lage ist, entsprechende Zuarbeit zu leisten, denn es sei für die Entscheidungsfindung bedeutsam, wenn z. B. eine Straße erweitert werde. Es gehe nicht um eine genaue Anzahl von Bäumen, die gefällt werden sollten, sondern um einen groben Hinweis.

Herr Gehm erläutert, dass ein Grundsatzbeschluss die Beauftragung der Planungsleistung ermögliche. Alles Weitere, z. B. die Streckenführung einer Straße, ergebe sich dann bei der Planung.



Herr Fuls informiert die Anwesenden, dass ein Grundsatzbeschluss erste grobe Informationen gebe, z. B. ob eine Mehrversiegelung vorgesehen ist; meist in Form eines Vergleiches zwischen Bestand und neu. Zu diesem Zeitpunkt könne jedoch noch nicht gesagt werden, in welcher Größe bzw. in welchem Umfang die Maßnahmen zu erwarten sind.

Frau Grabs gibt ihrer Auffassung Nachdruck und betont, dass bei stetiger Zusammenarbeit mit dem Umweltamt weitere Informationen möglich sein müssten.

Herr Dr. Zeschmann fragt an, ob Landesmittel beantragt worden sind. In der Beschlussvorlage stehe, dass für das Haushaltsjahr 2023 Landeszuweisungen eingestellt werden. Gleichzeitig sei zu lesen, dass das Fachamt beabsichtigt, eine Förderung des Straßenbauvorhabens beim Land zu beantragen. In der Vergangenheit seien Landesmittel im Vorfeld beantragt worden.

Herr Gehm beantwortet, dass der Grundsatzbeschluss Voraussetzung für die Beantragung von Fördermitteln sei. Spätestens zum Baubeschluss würde die Höhe feststehen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

***Mehrheitlich zugestimmt***  
*Nein 1 Enthaltung 1*

**Zu TOP 16      Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6715, Abschnitt 030, OD Beeskow, Vorlage: 048/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***Mehrheitlich zugestimmt***  
*Nein 1 Enthaltung 1*

**Zu TOP 17      Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Modernisierung des Fernradweges „Oder-Spree-Tour“ auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree, Vorlage: 051/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***  
*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 18      Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Modernisierung des Fernradweges „Tour Brandenburg“ auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree, Vorlage: 052/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***  
*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 19      Beratung: Nachhaltiges Bauen - Anwendung Leitfadens Nachhaltiges Bauen und Zertifizierung nach dem BNB-System im Landkreis Oder-Spree und Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für den LOS  
Vorlage: 050/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 5*

**Zu TOP 20      Beratung: Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages  
Oder-Spree, Vorlage: 042/2020**

Herr Dr. Berger berichtet, dass sich der Geschäfts- und Petitionsausschuss mit der Neufassung und den Anträgen beschäftigt habe; die Annahme der Geschäftsordnung werde empfohlen. Zu den Anträgen der Fraktionen AfD und BVB/Freie Wähler sei keine Meinung gebildet worden, da die Zuständigkeit des Kreistages gegeben sei.

Herr Dr. Pech kritisiert, dass die Geschäftsordnung in den Fachausschüssen nicht beraten worden sei und er plädiere dafür, die Geschäftsordnung nicht in den Kreistag zu verabschieden, sondern die Beratung der Ausschüsse abzuwarten.

Die Sicht der verschiedenen Ausschüsse würde weitere Sachfragen ergeben.

Weiterhin gebe es eine Reihe von Fristen, die zu prüfen seien. Als konkretes Beispiel benennt er die Terminierung des Kreistages im Dezember 2021. Es sei nicht korrekt, dass zwischen dem vorbereitenden Kreisausschuss und der Sitzung des Kreistages nur acht Tage seien. Andererseits sei bei der Einreichung von Anträgen eine Frist von 14 Arbeitstagen zu beachten; es bedürfe einer generellen Regelung.

Herr Dr. Zeschmann merkt an, dass der Geschäftsordnungsausschuss keine Rechtsgrundlage habe und in einer nachgeordneten Zuständigkeitsordnung geregelt sei, die gegen die Kommunalverfassung verstoße. Die Kommunalverfassung bestimme, dass Ausschüsse, die gebildet werden, Spiegelbildlichkeit gewährleisten müssen, das bedeute, dass alle Fraktionen in den Ausschüssen präsent sein müssten. Weiterhin müsse die Besetzung und die Übernahme der Leitung des Ausschusses entsprechend eines mathematischen Verfahrens abgeleitet werden. Er sei der Auffassung, dass seine Fraktion BVB/Freie Wähler aus der Mitarbeit in dem Geschäfts- und Petitionsausschuss ausgeschlossen worden sei.

Auch sehe er es als selbstverständlich an, dass alle Vertreter der Fraktion bei der Änderung der Geschäftsordnung mitarbeiten dürften, die anschließend in den Fachausschüssen diskutiert werden kann.

Dr. Pech erwidert auf die Aussage von Herrn Dr. Zeschmann, dass bei der Konstituierung des Kreistages über die Ausschussbildung befunden und von der Regelung Gebrauch gemacht worden sei, dass bei einem Konsens der Fraktionen von Vorschriften der Zusammensetzung der Ausschüsse abgewichen werden könne. So sei in der konstituierenden Sitzung explizit die Frage gestellt worden, ob es eine abweichende Meinung gebe; es gab keinen Einwand.

Herr Buhrke führt aus, dass die überarbeitete Geschäftsordnung dem Auftrag des Kreistages Folge leiste, den papierlosen Sitzungsdienst einzuführen und entsprechende Regelungen zu treffen. Die weitergehenden Anträge seien darin noch nicht umfasst und könnten anderweitig diskutiert werden. Die Absicherung des papierlosen Sitzungsdienstes habe an erster Stelle gestanden.

Weiter weist er darauf hin, dass es laut Kommunalverfassung kein Präsidium, sondern einen Vorsitzenden des Kreistages und ggf. seine Vertreter gebe. Zur Klärung allgemeiner Fragen und Petitionen sei man sich einig gewesen, dass ein gesonderter Ausschuss unter Leitung des Kreistagsvorsitzenden gebildet und unterstützend tätig werde.

Herr Aulich bittet darum, dass die Fraktionen zu den Beratungen des Geschäfts- und Petitionsausschusses eingeladen werden.

Herr Lindemann erwähnt, dass die Möglichkeit der Teilnahme an den Beratungen bestehe, nur das Stimmrecht fehle.

Herr Schroeder bringt zum Ausdruck, dass nach geraumer Zeit die geänderte Geschäftsordnung vorliege und endlich der papierlose Sitzungsdienst eingeführt werden könnte. Somit würde Geld für den Versand der Unterlagen gespart und wäre das Ziel des Beschlusses erreicht. Änderungsanträge könnten zum Kreistag gestellt werden.

Herr Dr. Zeschmann bringt wiederholt zum Ausdruck, dass er hier einen Verstoß gegen die Kommunalverfassung sehe. Er erwarte, dass alle Fraktionen bei der Erarbeitung einer Geschäftsordnung einbezogen werden.

Herr Lindemann nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Dr. Pech, man könne die Geschäftsordnung in den Fachausschüssen beraten lassen.

Herr Dr. Pech führt aus, dass, sofern kein Konsens bestehe, zu prüfen sei, wie ein mit der Kommunalverfassung übereinstimmendes Verfahren hergestellt werden kann. Das habe jedoch mit der Vorlage nichts zu tun und müsse als extra Angelegenheit betrachtet werden. Er sehe auf jeden Fall Beratungsbedarf, der ausgeräumt werden sollte.

Herr Dr. Berger spricht sich ausdrücklich für die Abstimmung über den papierlosen Sitzungsdienst aus; er sehe hier den ersten Schritt, um den Beschluss des Kreistages zu erfüllen. Alle Änderungswünsche könnten im Nachhinein eingearbeitet werden.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über

1. den Änderungsantrag von Herrn Dr. Pech:

*Abstimmungsergebnis: Ja: 6 Nein: 6*

**Abgelehnt,**

2. die Beschlussvorlage:

**Mehrheitlich abgelehnt**

*Ja 5 Nein 7*

**Zu TOP 20.1 Beratung: Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree: "Rederecht der Abgeordneten zum Rechenschaftsbericht des Landrates", Vorlage: 10/AfD/2020**

**ohne Abstimmung**

**Zu TOP 20.2 Beratung: Ergänzung der Geschäftsordnung des Kreistags Vorlage: 12/BVB/Fr Wähler/20**

**ohne Abstimmung**

**Zu TOP 21      Beratung: Benennung der Mitglieder für den Seniorenbeirat des  
Landkreises Oder-Spree, Vorlage: 049/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 22      Beratung: Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner  
Ausschüsse für das Jahr 2021, Vorlage: 035/2020**

Herr Dr. Pech nimmt Bezug auf seine Anmerkung unter TOP 19 und bittet um Überarbeitung des Sitzungskalenders im letzten Quartal 2021, was die Zustimmung aller Anwesenden findet.

***zurückgezogen***

Rolf Lindemann  
Vorsitzender des Kreisausschusses

Sina Ziesmer  
Protokollantin